

Inhalt

1-5 Im Blickpunkt

- Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“
- Ergebnisse des Koalitionsausschusses zu Diesel und Luftreinhaltung
- Deutscher Städtetag veröffentlicht Broschüre Stadtfinanzen 2018
- Grundgesetzänderungen für Bundeshilfen bei Schul- und Wohnungsbau

8-10 Forum

- „nordwärts“ – eine Tochter der IBA verändert Dortmund
Von Oberbürgermeister Ullrich Sierau
- Die Stadt des 21. Jahrhunderts ist ein globaler Ort
Von Barbara Seibert
- Nachbarschaftspreis für Projekt „Tausche Bildung für Wohnen“
Von Lena Wiewell

12 Aus den Städten

13 Fachinformationen

14 Personalien

16 Termine

Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ soll benachteiligte Städte unterstützen

Die Städte erwarten von der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, die Ende September in Berlin ihre Arbeit aufgenommen hat, dass strukturschwache Städte und Regionen gezielt gefördert werden und das kommunale Altschuldenproblem angepackt wird.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster, der an der konstituierenden Sitzung der Kommission teilnahm, erklärte: „Wir brauchen Lösungen, damit benachteiligte Städte und Regionen wieder aufholen können und handlungsfähiger werden. Dafür müssen sie gezielt gefördert werden. Wir brauchen gleiche Zukunftschancen für alle Menschen, egal an welchem Ort sie aufwachsen und leben. Es geht um gute Bildung, soziale Teilhabe und um Leistungen der Daseinsvorsorge.“

Wichtig für die Arbeit in der Kommission sei, Stadt und Land nicht gegeneinander zu stellen. Strukturschwäche und Strukturstärke gibt es sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum. Nötig seien konkrete Vorschläge, wie Ungleichgewichte und deren Folgen wirkungsvoll bekämpft werden können.

„Es muss für die Menschen attraktiv bleiben, in bisher strukturschwachen Städten und Regionen zu wohnen und zu arbeiten. Damit sich die Lebensbedingungen dort verbessern, muss zum Beispiel das kommunale Altschuldenproblem angegangen werden. Die kommunalen Kassenkredite liegen derzeit bei rund 48 Milliarden Euro. Wir fordern den Bund und die betroffenen Länder deshalb auf, die Kommunen dabei zu unterstützen, das Altschuldenproblem zu lösen. Die Chancen dafür sind dank niedriger Zinsen und guter Wirtschaftslage günstig wie nie. Eine direkte Möglichkeit wäre, dass der Bund und die betroffenen Länder Hilfe bei der Tilgung von kommunalen Altschulden leisten. Eine indirekte Möglichkeit wäre ein höherer Bundesanteil bei den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose“, betonte Städtetagspräsident Markus Lewe.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Entscheidend für die Städte ist bei der Arbeit der Kommission vor allem:

- Entwickelt werden muss eine schlüssige Definition, was mit gleichwertigen Lebensverhältnissen gemeint ist und wo starke Ungleichgewichte festzustellen sind. Faktoren wie beispielsweise Arbeitslosenzahlen, wirtschaftliche Situation, Schulabrecherquote oder der Zustand der Infrastruktur sind dafür geeignet. Es geht um gerechte Chancen und Teilhabe, egal wo die Menschen leben.
- Strukturschwache Städte und Regionen dürfen nicht abgehängt, sondern müssen gezielt gefördert werden. Deshalb sollte die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) weiterentwickelt und das Fördervolumen von derzeit jährlich 320 Millionen Euro für die Kommunen deutlich ausgeweitet werden. Es ist wichtig und richtig, dass das System der Regionalförderung bereits im Jahr 2019 und damit vor dem Abschlussbericht der Kommission überarbeitet werden soll.
- Eine Lösung für die kommunalen Altschulden ist machbar und notwendig. Die Lösung kann direkt erfolgen, indem der Bund und die betroffenen Länder das Zinsrisiko verringern und den Kommunen bei der Schuldentilgung helfen. Sie kann aber auch indirekt durch eine deutliche Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft gelingen.
- Gute Kinderbetreuung bedeutet Teilhabe und Zusammenhalt von Anfang an. Der Ausbau der Betreuungsplätze und eine bessere Qualität in der Kindertagesbetreuung müssen dauerhaft vom Bund finanziell unterstützt werden. Die Länder müssen ihren maßgeblichen Teil beitragen. Die Ausbildungskapazitäten für pädagogisches Fachpersonal müssen ausgebaut werden und kostenfrei sein.
- Gute Bildung in den Schulen muss überall gesichert werden. Schulbauten sind in die Jahre gekommen und müssen saniert oder neu gebaut werden. Der vom Bund geplante Digitalpakt ist ein wichtiger Schritt, die Schulen flächendeckend für die Digitalisierung fit zu machen. Zwischen Bund und Ländern ist sicherzustellen, dass sich der Bund dauerhaft an den Betriebskosten der Digitalisierung beteiligt.
- Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind ungleich verteilt und gefährden die Gleichwertigkeit. Die Städte brauchen höhere Eingliederungsmittel für Arbeitslose gerade dort, wo die strukturelle Arbeitslosigkeit besonders groß ist. Eine verbesserte Personalausstattung der Jobcenter ist entscheidend, um Langzeitarbeitslose intensiv betreuen zu können.
- Teilhabe bedeutet, Mobilitätsangebote sicherzustellen. Für eine nachhaltige Verkehrswende brauchen wir eine Investitionsoffensive von Bund und Ländern im Volumen von mindestens 20 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren, also zwei Milliarden Euro jährlich. Wachsende Städte, seit langem strukturschwache Städte und der dünnbesiedelte Raum brauchen unterschiedliche Formen der Unterstützung.
- Eine starke Raumordnung ist die Basis für gerechte Chancen beim Zugang zur Daseinsvorsorge vor Ort. Ziele und Leitbilder der Raumordnung bilden die Grundlage für private Investitionen und öffentliche Förderentscheidungen. Sie müssen überarbeitet und modernisiert werden. Es muss zu stabileren Formen der Arbeitsteilung in und zwischen Regionen, urbanen und ländlichen Räumen kommen, die zu mehr Lebensqualität für die Menschen dort führen.
- Schritt halten in der digitalen Welt. Es ist dringend erforderlich, die Breitbandinfrastruktur in allen städtischen Räumen gezielt auszubauen, bestehende Lücken zu schließen und geringe Bandbreiten auf Gigabitniveau auszuweiten. Bei der Mobilfunkversorgung muss ein bedarfsgerechter Ausbau der 5G-Technologie sichergestellt werden.

Der Beschluss zur Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ist am 26. September vom Präsidium des Deutschen Städtetages verabschiedet worden. Er ist abrufbar in der Rubrik Presse, Beschlüsse unter www.staedtetag.de.

Diesel und Luftreinhaltung: Autohersteller müssen Beschluss der Koalition für Nachrüstung umsetzen

In der Debatte um zu schmutzige Diesel-PKW, bessere Luftreinhaltung und drohende Fahrverbote in den Städten pocht der Deutsche Städtetag darauf, dass die Automobilindustrie die Beschlüsse der Koalition zur Hardware-Nachrüstung umsetzt. Städtetags-Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy nannte es Anfang Oktober „unbegreiflich, wenn wenige Stunden nach dem Kompromiss im Koalitionsausschuss ein Hersteller erklärt, er mache bei der Nachrüstung nicht mit.“ Der Druck auf die Autoindustrie dürfe jetzt nicht nachlassen. Dedy begrüßte, dass sich die Koalition endlich zu Hardware-Nachrüstungen durchgerungen hat und sagte zum Kompromiss grundsätzlich: „Die Beschlüsse des Koalitionsgipfels sind ein längst überfälliger Schritt, um wirksamer als bisher gegen zu hohe Stickoxidwerte und gegen drohende Fahrverbote vorzugehen.“ Wesentlicher Bestandteil des Kompromisses sind Umstiegsprämien für den Autokauf und Hardware-Nachrüstung in besonders betroffenen Städten und Regionen.

Der Deutsche Städtetag hatte eine Hardware-Nachrüstung seit langem gefordert, sich dabei aber für eine bundesweit gültige Regelung ausgesprochen. „Am besten wäre eine umfassende Nachrüstung für Euro 5-Dieselautos im ganzen Land. Das jetzt beschlossene Vorgehen ist jedoch immerhin ein Schritt, der helfen kann, Dieselfahrerinnen und Dieselfahrern weiter die Zufahrt in besonders belastete Städte zu ermöglichen“, so Dedy.

Erfolgreich könnten die jetzt von der Bundesregierung gewollte Hardware-Nachrüstung wie auch die angekündigten attraktiven Umstiegsprämien auf andere Fahrzeuge jedoch nur sein, wenn die Automobilindustrie jetzt endlich Verantwortung übernimmt, betonte Dedy: „Es muss unbedingt dabei bleiben, dass – wie vom Bund gefordert –, die Automobilhersteller die Kosten für die Nachrüstung übernehmen. Die Autohersteller haben das Problem eines zu hohen Stickoxid-Ausstoßes aus Dieselfahrzeugen verursacht und müssen deshalb jetzt auch für Abhilfe sorgen.“

Der Städtetags-Hauptgeschäftsführer sagte weiter: „Grundlegend gelöst wird das Problem zu hoher

Stickoxid-Werte in zahlreichen Städten mit dem Paket der Koalition nicht. Es beschränkt sich auf Städte mit besonders brisanter Lage. Es ist gut, dass den Menschen in diesen Städten geholfen wird. Ein schlüssiges Gesamtkonzept hätte jedoch weiter reichen müssen. Wir erwarten nach ersten Erläuterungen des Bundes, dass in weiteren Städten, in denen Fahrverbote drohen, von Nachrüstungen und Umstiegsprämien Gebrauch gemacht werden kann. Denn es müssen einheitliche Regelungen für alle Städte gelten, für die Gerichte Fahrverbote verhängen.“

Wie rasch die von der Koalition beschlossenen Maßnahmen greifen und ob sie wirksam genug sein werden, um von Gerichten verhängte Fahrverbote zu vermeiden, ist offen. Und wie praktikabel das Konzept – etwa bei der Überprüfung von Autos – sein wird, ebenso. Hier stellt sich zum Beispiel die Frage nach dem bürokratischen Aufwand, wenn jedes einzelne Auto durch Abgleich mit Daten im Zentralen Fahrzeugregister darauf geprüft werden soll, ob es ein schlechter oder ein sauberer Diesel ist. Für Polizei und Ordnungsbehörden, aber auch für die Fahrzeughalter halten wir die Einführung einer Blauen Plakette weiterhin für besser. Fragezeichen sehen wir auch bei der Absicht der Bundesregierung für neue Regelungen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, die andere Grenzwerte als bisher beinhalten sollen. Ob die Verabredung der Koalition Rechtssicherheit für alle Beteiligten schafft, bleibt daher abzuwarten.

Die Städte und städtische Unternehmen sind intensiv dabei, ihre Fuhrparks bei Dieselbussen und kommunalen Nutzfahrzeugen nach- und umzurüsten. Die Förderung von Hardware-Nachrüstung bei schweren Kommunalfahrzeugen ist deshalb gut, auch wenn die kommunalen Fahrzeuge nur einen geringen Anteil an den schädlichen Emissionen aufweisen.

Die Förderung einer Hardware-Nachrüstung bei Handwerker- und Lieferfahrzeugen wird einen Beitrag leisten, um die Bevölkerung in den Städten verlässlich zu versorgen. Dass die Automobilindustrie hier nur 20 Prozent beisteuern soll – und dies noch nicht gesichert ist – halten wir jedoch für einen schwierigen Kompromiss.“

Für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen – Altschuldenprobleme der Städte lösen – Grundsteuer schnell reformieren

Die Städte in Deutschland fordern von der Bundesregierung Maßnahmen gegen das starke Auseinanderdriften von armen und reichen Kommunen und Regionen. Die regionalen Unterschiede in der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger seien so groß, dass auch der Bund handeln muss. Die wirtschaftlich guten Zeiten mit hohen Steuereinnahmen sollten Bund und Länder nutzen, um für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Zu den Lösungen müsse auch gehören, finanzschwache Kommunen von drückenden Altschulden zu entlasten. Außerdem werden Bund und Länder aufgefordert, die Grundsteuer schnell zu reformieren. Diese und weitere Punkte benennt der Deutsche Städtetag in seiner heute veröffentlichten Broschüre „Stadtfinanzen 2018 – Schlaglichter des Deutschen Städtetages“.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, sagt: „Zukunftschanzen der Menschen in Deutschland dürfen nicht davon abhängen, in welcher Region jemand lebt. Mit der Kommission ‚Gleichwertige Lebensverhältnisse‘ geht die Bundesregierung einen richtigen Schritt, um Lösungen für strukturschwache Regionen zu entwickeln. Dabei erwarten wir auch einen nachhaltigen Beitrag des Bundes, der finanzschwachen Kommunen beim Abbau ihrer Altschulden hilft, denn das schaffen die betroffenen Städte nicht alleine. Ihre hohen Kassenkredite und Sozialausgaben verhindern, dass sie ausreichend investieren und mit der allgemeinen positiven Entwicklung im Land Schritt halten können.“

Welche Leistungen eine Kommune erbringen kann, hängt entscheidend von ihrer Finanzsituation ab. „Besorgniserregend ist das Missverhältnis bei den Investitionen. Während Kommunen in Bayern circa 550 Euro je Einwohner investieren können, kommen NRW-Kommunen mit 190 Euro je Einwohner gerade mal auf ein Drittel dieser Summe. In Rheinland-Pfalz sind es 262 Euro je Einwohner und in Sachsen-Anhalt 225 Euro. Damit ist die kommunale Infrastruktur dramatisch unterfinanziert, was die Zukunftschancen der Menschen beeinträchtigt“, so Dedy.

Die Kassenkredite, die das gravierende Altschuldenproblem verdeutlichen, belaufen sich zum Beispiel im Saarland, in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz

und Hessen zwischen knapp 900 Euro und mehr als 2.000 Euro je Einwohner und liegen damit weit über dem Durchschnitt. Jeder sechste Mensch in Deutschland lebt inzwischen in einer Kommune, die mehr als 1.000 Euro Kassenkredite je Einwohner schultern muss. 15 Millionen Menschen leben also in Kommunen, deren Einnahmen dauerhaft nicht ausreichen, sämtliche laufenden Ausgaben zu decken.

Grundsteuer: Bis zum Jahresende muss unbedingt ein Vorschlag vorliegen

Mit Blick auf die Grundsteuer fordert der Deutsche Städtetag eine schnelle verfassungsfeste bundeseinheitliche Reform, mit der das bisherige Steueraufkommen dauerhaft gesichert wird. Die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages, Verena Göppert, betont: „Mit einem jährlichen Aufkommen von mehr als 14 Milliarden Euro pro Jahr ist die Grundsteuer eine unverzichtbare Einnahmequelle für die Städte und Gemeinden. Die Kommunen brauchen so schnell wie möglich wieder Planungssicherheit. Bis Ende 2019 müssen Bund und Länder die Grundsteuer neu regeln, weil sie in der bisherigen Form unvereinbar mit dem Grundgesetz ist. Die Städte appellieren dringend an die Bundesregierung und die Länder, die gewährte knappe Frist zu nutzen. Wir brauchen sehr zügig eine neue gesetzliche Grundlage für die Grundsteuer, weil die Reform auch noch praktisch umgesetzt werden muss. Bis zum Jahresende muss unbedingt ein Vorschlag vorliegen, diese Ankündigung der Bundesregierung muss eingehalten werden.“

Die Bemessungsgrundlage der Grundstücke sollte sich am Wert der Grundstücke orientieren, damit die Steuerbelastungen gerecht verteilt werden. Zugleich müssen die Bewertungsverfahren aber viel einfacher als bisher ausgestaltet werden. Außerdem muss das gemeindliche Hebesatzrecht erhalten bleiben, denn darüber können die Einnahmen aus der Steuer an die örtlichen Finanzbedarfe angepasst werden.

Die komprimierte Publikation „Stadtfinanzen 2018 – Schlaglichter des Deutschen Städtetages“ und weitere Informationen, Grafiken und Tabellen sind unter www.staedtetag.de abrufbar.

Hilfe des Bundes bei Schul- und Wohnungsbau ist unbedingt nötig

Der Deutsche Städtetag begrüßt die von der Bundesregierung geplanten Änderungen des Grundgesetzes für die Bereiche Bildung, Wohnungsbau und Verkehr. Anlässlich der ersten Beratungen des Themas im Bundestag Ende September sagte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, gegenüber „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (NOZ):

„Das ist unbedingt nötig, weil Schulbau, Schulsanierungen und Modernisierungen eine gewaltige Aufgabe sind.“ Es sei „ausgesprochen hilfreich“, wenn der Bund in Zukunft die Bildungsinfrastruktur in allen Kommunen fördern könne. „Die Länder und Kommunen werden dadurch nicht aus der Verantwortung entlassen, sondern es wird für die Schulen gemeinsam

mehr erreicht“, unterstrich Dedy. Die Städte stellten sich „ambitioniert“ dem Ziel, Schulen digital auszustatten sowie für den Ganztagsbetrieb und die Inklusion auszubauen.

Auch die geplanten Grundgesetzänderungen zum sozialen Wohnungsbau und der Gemeindeverkehrsfinanzierung seien gut für die Städte, sagte Dedy. Denn damit bleibe der Bund über das Jahr 2019 hinaus in der finanziellen Verantwortung. Laut Koalitionsvertrag will der Bund den sozialen Wohnungsbau mit jeweils einer Milliarde Euro in den Jahren 2020 und 2021 mitfinanzieren. „Die Länder müssen diese Mittel aber auch zweckentsprechend verwenden“, mahnte Dedy.

Weitere Beschlüsse vom Präsidium am 25. und 26. September 2018 in Wien:

- Zuwanderung steuern – Integration fördern und unterstützen: Was plant der Bund?
- PSI-Richtlinie und deren Auswirkungen auf öffentliche Unternehmen
- Handreichung XPlanung/XBau für Kommunen
- Fortführung der internationalen Städteplattform „Connective Cities“
- Grundsteuer

Diese und weitere Beschlüsse sind abrufbar in der Rubrik Presse, Beschlüsse unter www.staedtetag.de.

„nordwärts“ – eine Tochter der IBA verändert Dortmund

Von Ullrich Sierau

Warum „nordwärts“?

Der Dortmunder Süden und die südlichen Innenstadt(-bezirke) sind ökonomisch, ökologisch und sozial in der Fläche gut entwickelt und es sind nur punktuelle Optimierungsbedarfe vorhanden. Trotz vielfältiger Maßnahmen und Projekte blieben die nördlichen Stadtbezirke bis 2014 hinter ihren Möglichkeiten zurück. Neben hohen Flächenentwicklungspotenzialen bestanden sozial- und bildungspolitische wie auch ökonomische und wohnungspolitische Handlungsmöglichkeiten und Entwicklungspotenziale. All das führte dazu, dass der Norden Dortmunds in den Fokus des kommunalen und zivilgesellschaftlichen Handelns genommen wurde und eine Entwicklungsstrategie sowie ein Innovationsimpuls initiiert wurden.

Mit Beschluss des Stadtrates ist im Mai 2015 das Projekt „nordwärts“ gestartet, das auf Basis eines breit angelegten Dialog- und Beteiligungsverfahrens die Entwicklungsstrategie für den Norden erarbeitet und dessen Potenziale für BewohnerInnen der Quartiere und für die Gesamtstadt sichtbar und nutzbar macht. Dortmund rückt das Projektgebiet „nordwärts“ in den Fokus der Öffentlichkeit und verdeutlicht die herausragende Rolle der Quartiere für die Entwicklung der Gesamtstadt. Das Projektgebiet umfasst circa 12.000 Hektar und damit knapp 45 Prozent des Dortmunder Stadtgebietes. Sieben der zwölf Dortmunder Stadtbezirke liegen ganz oder teilweise in der Gebietskulisse.

„nordwärts“ hat in nur dreieinhalb Jahren eine beachtliche „Aufbruchsstimmung“ im Projektgebiet erzeugt. Die sozialen, kulturellen, technologischen und sonstigen Infrastrukturen werden mithilfe bedarfsgerechter Projekte weiterentwickelt. Erarbeitet werden die Projekte, die zukunftsfähig, bedarfsgerecht und nachhaltig sein müssen und den Quartieren einen Innovationsimpuls geben, mit den BewohnerInnen, der Politik, der Wissenschaft und der Wirtschaft. Dabei ist Partizipation das Herzstück des Projektes. So konnte das Vertrauen der Beteiligten in die Zielerreichung und die Projektorganisation gewonnen werden. Partizipation führt zur Qualifikation und Akzeptanz der Projekte und des Gesamtprozesses.

Die Vielfalt der Projekte ist gewünscht und zielführend, Flächenentwicklungsprojekte sind gleichwertig mit Projekten, die Qualifizierungs- und Bildungsangebote entlang der lebenslangen „Lernketten“ ermöglichen. Die wirtschaftliche Entwicklung des Projektgebietes, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle durch das Leitprojekt „Smart City“ und die Integration eines sozialen Arbeitsmarktes haben positive Effekte beim Abbau der Arbeitslosigkeit. Die gesteigerte Sichtbarkeit der Gebietspotenziale hat das Investitionsinteresse der Wirtschaft erhöht.

Miteinander, flexibel, modern

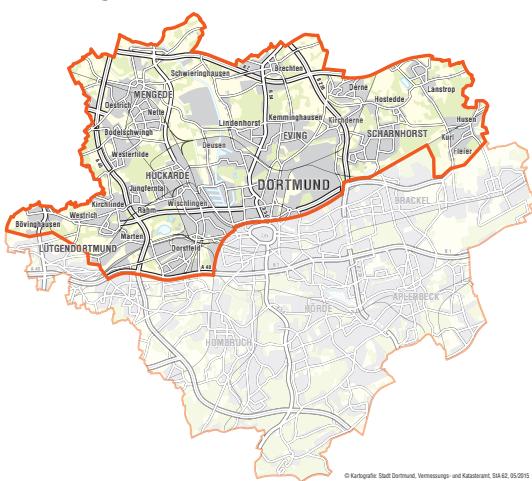
VertreterInnen aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik haben sich mit den BürgerInnen zusammengeschlossen und arbeiten an der Quartiersentwicklung. Es gibt eine Vielzahl von Allianzen. Jedes Quartier hat einen speziellen Entwicklungsbedarf. Verfügbare und neue Kräfte der Akteurslandschaft vor Ort werden durch „nordwärts“ gebündelt und vernetzt, um Synergien zu nutzen. Mehr als 12.500 Menschen haben miteinander diskutiert, Ideen eingebracht und sowohl Lösungsstrategien als auch innovative, nachhaltige, bedarfsgerechte Projekte für die „nordwärts“-Quartiere entwickelt.

„nordwärts“ ist kein Masterplan mit vorgegebenem Ziel, sondern ein offener Prozess, der sich kontinuierlich den Anforderungen des Gesamtprojektes, den Bedarfen der Beteiligten oder den aktuellen Entwicklungen anpasst. Eingerichtete Strukturen werden stetig auf ihre Effizienz geprüft und ausschließlich bedarfsgerecht genutzt, um Verkrustungen vorzubeugen. Die Wirksamkeit des Gesamtprojektes, der Teilprojekte, Beteiligungsverfahren und Öffentlichkeitsarbeit wird auf Basis eines mit den Beteiligten abgestimmten Monitoring- und Evaluationssystems überprüft. Bürgerbefragungen geben beispielsweise Auskunft über den Bekanntheitsgrad und die wahrgenommene Lebensqualität in den Quartieren. Zur Finanzierung der „BürgerInnen“-Teilprojekte stellt der Rat der Stadt Dortmund bis 2025 jährlich bis zu drei Millionen Euro zur Verfügung. Vorrangig werden zusätzlich alternative Finanzierungsmöglichkeiten wie Förder- und Stiftungsmittel oder private Investitionen eingebracht.

„nordwärts“ ist städtisches Leitprojekt

Gesteuert wird „nordwärts“ von einer Koordinierungsstelle – diese ist der Kristallisierungspunkt und Motor zugleich! Prozessplanung, Projektkoordination und -kommunikation erfolgen im Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates. Mit bewährten und innovativen Partizipationsmethoden moderiert „nordwärts“ den Dialog im Quartier und gleicht die verschiedensten Interessen ab. So werden passgenaue Projekte für das jeweilige Quartier entwickelt und umgesetzt. Manchmal gibt das 11-köpfige Team der Koordinierungsstelle auch selbst den Innovationsimpuls und ist Umsetzungsmotor für Bürgerprojekte oder begleitende Forschungsprojekte. Elementar ist die entwickelte Feedbackkultur – heißt, die IdeengeberInnen werden laufend informiert, was mit der Idee passiert ist, in welchem Projekt sie sich wiederfindet oder warum eine Idee nicht realisierbar ist.

Unterstützt wird das Projekt durch ein 90-köpfiges Kuratorium. Das zivilgesellschaftliche „Powerhaus“ steht den Organisatoren mit Rat und Tat zur Seite. Die Mitglieder sind wesentlicher Treiber des Projektes und unterstützen die Projektsteuerung. Das Kuratorium ist nicht nur stetige Beteiligungsplattform der Zivilgesellschaft, sondern das strategische Beratungsgremium für Verwaltung und Politik. Die Kuratoriumsmitglieder setzen Impulse für die Entwicklung und ergreifen durchaus persönliche Projektinitiativen. Das Gremium wird beim Anstoß eines politischen Entscheidungsfindungsprozesses konsultiert und spricht Empfehlungen zur Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten aus, begleitet die anschließende Projektumsetzung und unterstützt die Kommunikationsstrategie. Aus dem Gesamtkuratorium heraus



Projektgebiet von „nordwärts“ in Dortmund.

Quelle: © Stadt Dortmund

hat sich ein Vorstand gebildet, der zentrale Bereiche der „nordwärts“-Strategie und räumliche oder fachliche Schwerpunktthemen begleitet. Die eingesetzten Instrumente, Verfahren und Strukturen, innovative Beteiligungsformate, zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit, intelligente Governancestrukturen und die Evaluations- und Monitoringsysteme sind modern, übertragbar und transparent. „nordwärts“ wird von diversen Forschungsprojekten begleitet und weiterqualifiziert.

Ergebnisse

Von 234 beauftragten „nordwärts“-Teilprojekten sind 29 umgesetzt und 163 Projekte in Vorbereitung oder in der Qualifizierung. 42 Projekte sind noch nicht begonnen. Zivilgesellschaftlich getragene, gemeinsam geplante und in der Umsetzung vom Kuratorium begleitete Projekte haben ein Höchstmaß an Transparenz und Identifikation geschaffen. Durch die organisierte und koordinierte Beteiligung von BürgerInnen und Unternehmen sind vielversprechende Kontakte und Netzwerke entstanden, die nicht nur für ein aktuelles Projekt von Relevanz sind, sondern für die Zukunft Nährboden für eine weitere Zusammenarbeit bilden.

Die Ideengeber haben schon 4,8 Millionen Euro aus dem „nordwärts“-Budget beantragt. Gemeinsam mit den wissenschaftlichen Einrichtungen wurden für die Qualifikation von „nordwärts“-Teilprojekten rund 7,5 Millionen Euro Forschungsgelder eingeworben und darüber 35 wissenschaftliche Stellen in Dortmund geschaffen. Über die Integrierten Handlungskonzepte ist geplant, circa 70 Millionen Euro in die „nordwärts“-Quartiere zu investieren. Zurzeit sind 50 Millionen Euro Fördermittel beantragt. Seit 2015 sind die Investitionen im „nordwärts“-Gebiet von 33 Millionen Euro auf 117 Millionen Euro im Jahr 2017 gestiegen. Weitere Hebeleffekte sind zu erwarten. Die Unternehmen in der „nordwärts“-Kulisse wachsen und haben seit 2015 rund 5.200 neue Arbeitsplätze geschaffen.

„nordwärts“ wurde national und international ausgezeichnet, als gutes Beispiel im Memorandum „NRW gestalten“ der Landesregierung NRW, als Gewinner des European Public Sector Award (EPSA) 2017 für innovatives Verwaltungshandeln und mit dem RegionStars Award für das Teilprojekt „Smart Service Power“.

Ullrich Sierau
Oberbürgermeister der Stadt Dortmund

Die Stadt des 21. Jahrhunderts ist ein glokaler Ort

Von Barbara Seibert

Ohne Übertreibung sprechen wir derzeit nicht nur über die digitale, sondern auch über eine gesellschaftliche Zeitenwende und die Frage: Was geschieht mit unserer Demokratie?

Trotz demografischen Wandels werden Entscheidungen für Gemeinden und Städte derzeit noch in überwiegend monokulturell besetzten Gremien diskutiert, vorbereitet und getroffen. Wollen wir aber Verstand und Herzen von Menschen einer Stadtgesellschaft insgesamt ansprechen, ist es wohl sinnvoll, über eine Anpassung von Diskussionsformaten nachzudenken – um wechselseitiges Kennenlernen zu erleichtern, uns noch unbekannte, kluge Ideen aufzunehmen und unabhängig von Herkunft demokratische Strukturen erlebbar zu machen.

Was bedeutet in diesem Zusammenhang „Glokalisierung“?

Semantisch ist der Begriff ein sogenanntes „Kofferwort“, zusammengesetzt aus den Worten „global“ und „lokal“. In den 1990er Jahren wurde er durch den Soziologen Roland Robertson aufgenommen; seither wird der Begriff gelegentlich genutzt, jedoch ohne wirklichen Durchbruch. Nun aber scheint seine Zeit als pragmatische, neutrale Überschrift gekommen in einem Land, das Exportchampion und Einwanderungsland ist: Die Mehrheit der Menschen hierzulande ist auf der Suche nach demokratisch organisierten Spielregeln zwischen der weiterhin zukunftsfesten Öffnung des Landes für die Welt und einer Pflege heimischer Wurzeln.

In diesem Sinne sollen bis Ende 2019 etwa 25 „Glokale Orte“ entstehen, an denen Menschen der Aufnahme- und Einwanderungsgesellschaft miteinander diskutieren und gemeinsame Projekte durchführen. Jeder Ort gibt sich ein Thema und arbeitet etwa vier Monate miteinander, als Gremium oder frei zusammen gestellter Arbeitskreis, in einer Jugendgruppe, einer Partei oder einer anderen Konstellation. Wichtig ist die dauerhafte Teilnahme von anteilig etwa 35 Prozent Menschen aus der Einwanderungsgesellschaft. Dies unterscheidet einen „Glokalen Ort“ von anderen Initiativen oder Runden Tischen.

Der „Glokale Tisch“: Gespräche in Respekt und auf Augenhöhe

Er ist der Mittelpunkt unserer Initiative: Mit zwölf schweren Flügeln für 24 Plätze und nach einer mehrstündigen Aufbauzeit, ist der eigens hergestellte „glokale Tisch“ aufgrund seiner runden Anmutung und gleichzeitig mit Ecken und Kanten ein robustes Symbol für die vielstimmige Gesellschaft; Frauen und Männer sind möglichst paritätisch und altersdivers vertreten, ebenso wie verschiedene Berufsgruppen und Tätigkeitsbereiche. Diese Kriterien führen zu einem Wechsel bekannter Echoräume: Vor Ort und mit dem Blick auf die Welt entstehen erweiterte demokratische Resonanzräume der modernen glokalen Gesellschaft.

Zwei Beispiele für „Glokale Orte“ und Themen möchte ich Ihnen hier vorstellen:

- Thema: tatsächliche und gefühlte Sicherheit (Hamburg)

Bereits im August 2016 fand am Elbinstitut das erste Treffen junger Geflüchteter mit Wolfgang Brand, dem Vizepräsidenten der Polizei Hamburg statt. Schon hier zeigten sich hohes wechselseitiges Gesprächspotenzial und mancherlei Möglichkeiten zum Überprüfen von Stereotypen, auch für junge Erwachsene aus Kriegs- und Krisenregionen mit entsprechend bedrohlichen Erfahrungen gegenüber „Uniformträgern“.

Ab Februar 2018 setzten wir in Hamburg Altona solche Gespräche in der Initiative „Glokale Orte“ fort: Über vier Monate lang standen Fellows des institutseigenen Orientierungskurses bei Parteisitzungen, in Ausschüssen, bei Straßenveranstaltungen und Bürgerversammlungen als VertreterInnen der Zuwanderungsgesellschaft zum Gespräch über vielerlei Themen zur Verfügung: Und gleichwohl es in Hamburg zahlreiche engagierte „Runde Tische“ gibt, ist diese glokale Runde etwas Neues: Das Zusammentreffen von PolitikerInnen, BürgerInnen, Polizei, VertreterInnen anderer Behörden, jungen Männern und Frauen aus Afrika und arabischen Ländern führte zu neuen Informationen und dem Beginn manch wechselseitigen Überdenkens von Positionen.



Sonderanfertigung „Glokaler Tisch“. Foto: © Elbinstut

Dabei müssen auch Hürden überwunden werden: Unterschiedliche Erwartungshaltungen, Missverständnisse in der Wahl von (Fach-)Begriffen, mitgebrachte Enttäuschungen und versehentlich falsch gebrauchte kulturelle Schlüsselbegriffe beschreiben nur einige der Erfahrungen, die es dann bei künftigen Veranstaltungen zu beachten gilt.

Aus den Debatten wurde ein Projekt, das zeitnah beginnt: Die gemeinsame Aktivität eines bürgernahen Polizisten mit je einem/einer SchülerIn aus der Aufnahme- und Einwanderungsgesellschaft.

- Thema: Nachwuchsförderung in der Digitalisierung (Bautzen)

Der „Glokale Tisch“ in Bautzen einigte sich schnell auf das vorgeschlagene Thema: Die Erstellung eines Masterplanes zum Aufbau eines „Technologie-Campus“ für SchülerInnen und junge Erwachsene mit zwei Zielen: Impulse für die Nachwuchsförderung der technologie-starken Region und die Schaffung einer gemeinsamen Plattform für Aufnahme- und Zuwanderungsgesellschaft.

Oberbürgermeister Alexander Ahrens und ein IT-Experte und Unternehmer waren Partner des Elbinstituts von Anfang an, schnell kam ein offizieller Vertreter der Sorben, eine syrische Lehrerin, ein Professor der örtlichen Hochschule und VertreterInnen aus Schulen, Unternehmen und Behörden hinzu. Aus Gründen gelegentlicher rechtsextremer Auftritte in der Stadt braucht der Zugang in Kreise Geflüchteter mehr Zeit als anderswo. Daher kamen zu den Arbeitssitzungen auch MitarbeiterInnen des Elbinstituts aus Eritrea und Afghanistan dazu. Zahlreiche Aha-Erlebnisse der neuen globalen Erfahrungen wurden rundum positiv aufgenommen und zeigten erste Eigeninitiativen auch anderswo in Bautzen, wie uns mit Freude berichtet wurde. Nach der Präsentation des Masterplanes findet nun eine Sondierungsphase zur Finanzierung des „Technologie-Campus“ statt.

Manchmal genügt schon ein Wechsel der Blickrichtung

Andere „Glokale Orte“ beschäftigen sich mit Integration und Desintegration, mit Wohnen und Bildung, mit gesellschaftlichen Schlüsselerlebnissen, mit Arbeit oder Parallelgesellschaften: Am 27. Oktober 2018 wird ein erstes gemeinsames Treffen von AkteurInnen aller bis dahin versammelten globalen Orte stattfinden, zum wechselseitigen Gedankenaustausch der TeilnehmerInnen untereinander und mit Gästen – und zum weiteren Ausbau der Initiative. Jeder „Glokale Ort“ ist ein Unikat und gemeinsam zeichnen sie ein freundliches Bild des weltoffenen Deutschlands inmitten Europas.

„Zuerst stirbt die Sprache, dann der Mensch“, warnte Konfuzius schon im Jahre 600 v. Chr. und niemals seit 1949 war dieser Satz so aktuell wie heute. „Glokale Orte“ könnten dem weisen Mann gefallen haben – als Teil umsichtiger und vorausschauender Stadtentwicklung in der Zeitenwende.

Barbara Seibert
Elbinstut Hamburg

Haben Sie Interesse, ebenfalls ein „Glokaler Ort“ zu sein?
Dann schreiben Sie uns bitte bis 30. November 2018 eine formlose Mail an hamburg@elbinstut.de mit den Daten der AnsprechpartnerInnen. Wir melden uns zeitnah für ein unverbindliches Informationsgespräch.
Weitere Informationen erhalten Sie unter www.elbinstut.de oder unter der Telefonnummer 040/38086803.

Nachbarschaftspreis für Projekt „Tausche Bildung für Wohnen“

Von Lena Wiewell

Der 5. September hat alles verändert. Wir sind als Landessieger Nordrhein-Westfalen zur Preisverleihung des Deutschen Nachbarschaftspreises gefahren – waren eines von 16 Projekten, die durch den Preis eine Stimme für ihr Thema bekamen. Auf der Bühne der ufa-Kulturfabrik in Berlin wurde uns mit dem 1. Bundespreis in den Händen bewusst, dass unsere Vision von guter Nachbarschaft in Brennpunktvierteln und Chancengleichheit deutschlandweit geteilt wird. Jetzt ist der perfekte Zeitpunkt, um zu wachsen.

Als Christine Bleks mit Mustafa Tazeoğlu den Verein 2012 in Duisburg-Marxloh gründete, ging es um ganz konkrete Dinge: Kinder, die zu Hause nicht genug Zeit und Ruhe zum Lernen hatten, Immobilien, die leer standen und verkamen, ein Stadtteil mit einem schlechten Ruf. Sie fragte sich, warum eigentlich nicht die Kinder, die es am nötigsten hatten, Zugang zu einer exzellenten Bildung bekamen – und beschloss, etwas daran zu ändern. Junge Menschen sollten nach Marxloh kommen, den Kindern Vorbild und Unterstützung sein, dabei selber wachsen und den Stadtteil verändern. Ihr Verein kaufte zwei Wohnungen in Marxloh, renovierte sie und stellte sie jungen Erwachsenen zur Verfügung, die im Gegenzug für mindestens ein Jahr Bildungspatenschaften für Kinder aus der Nachbarschaft übernahmen: Tausche Bildung für Wohnen war geboren.

Heute wird an zwei Standorten Bildung für Wohnen getauscht: In Duisburg-Marxloh und Gelsenkirchen-Uckendorf bilden wir Bundesfreiwillige, Azubis und Studierende zu Bildungspaten aus, die im Gegenzug mietfrei im Viertel wohnen können. In Duisburg gehören die Wohnungen dem Verein, in Gelsenkirchen stellt die Stadterneuerungsgesellschaft Gelsenkirchen in Zusammenarbeit mit der Stadt die Immobilien. Unsere 15 Bildungspaten arbeiten mit mehr als 100 Kindern: In Duisburg erreichen wir 80 Kinder, in Gelsenkirchen rechnen wir künftig mit bis zu 50 Kindern. Vormittags unterstützen die Paten den Unterricht in den Partner-

schulen, am Nachmittag sind sie mit den Kindern in der Lernförderung und in der Stadt bei gemeinsamen Unternehmungen. Zusätzlich unterrichten unsere Ehrenamtlichen zahlreiche geflüchtete und neu zugewogene Kinder ohne Schulplatz.

Die Tauschbars des Vereins, selbsterklärte Stadtteil-kinderzimmer, bieten für die Kinder einen sicheren und angstfreien Raum. Hier können sie sich auf das Lernen konzentrieren, gemeinsam kickern und den Garten erkunden. Es entsteht Selbstvertrauen, Selbstwirksamkeit wächst – die Kinder bekommen eine Perspektive über die Grenzen des Stadtteils hinweg.

Die Wirkung von Tausche Bildung für Wohnen auf den Stadtteil ist nachhaltig. Wir unterstützen Schulen, Moscheen, Stadtteilprojekte und andere Institutionen vor Ort und schaffen somit ein Bildungsnetzwerk, das die Kinder über die Patenschaft hinaus begleitet. Im Gegenzug bieten die geknüpften Beziehungen für die Paten eine gute Grundlage für ihr Studium, ihre Ausbildung oder weiteres Engagement in der Stadt. Im Stadtteil entwickelt sich durch den langfristigen Zuzug der jungen, gut ausgebildeten Menschen eine dynamischere Sozialstruktur.

Die konkreten Anliegen von Kindern in benachteiligten Stadtgebieten liegen uns seit unserer Gründung am Herzen. Wir haben Lust auf die Menschen dort, sehen ihre Potenziale und ihre Energie – und wir sind nicht auf Duisburg-Marxloh und Gelsenkirchen-Uckendorf beschränkt. Die Auszeichnung mit dem Deutschen Nachbarschaftspreis, das andauernde Interesse der Presse, die Erfolgsergebnisse der Lernförderung zeigen: Das Konzept geht auf. Es ist ein guter Zeitpunkt, weiter zu wachsen und unsere Wertschöpfungskette von Wohnraum, Bildung und Beziehungen in andere Städte zu tragen.

Lena Wiewell
Vereinsvorsitzende „Tausche Bildung für Wohnen e.V.“

Vielleicht haben Sie auch Interesse an Tausche Bildung für Wohnen e.V. für Ihre Stadt. Wir freuen uns auf Ihre E-Mail an unsere Vereinsvorsitzende Lena Wiewell: wiewell@tausche-bildung-fuer-wohnen.org.

KOMPETENZEN VERBINDELN FÜR DIE EINE WELT



Akteure von Migration und Entwicklung vernetzen

Kommunale Entwicklungspolitik profitiert von den Erfahrungen und Perspektiven von Migrantinnen und Migranten, die ihr Wissen und ihre Netzwerke in das gemeinsame Engagement einbringen. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt vernetzt und berät kommunale Akteure im Handlungsfeld Migration und Entwicklung.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de



Coburg, Dortmund, Heidelberg: Engagement für Digitalisierung

Die Stiftung „Lebendige Stadt“ hat Dortmund und Wien als „digitalste Städte“ ausgezeichnet. Preiswürdig waren Städte mit einer langfristig ausgerichteten Digitalisierungsstrategie, die bereits Projekte im Rahmen dieser Strategie realisiert haben. Dortmund und Wien teilen sich das Preisgeld von 15.000 Euro. Anerkennungen gingen an Coburg und Heidelberg. Insgesamt hatten sich 29 Städte und Kommunen aus vier europäischen Ländern beworben.

Die Stadt Dortmund verfolgt das Ziel, mittels intelligenter und digitaler Technologie den Stadtumbau und die Modernisierung ihrer kommunalen Infrastruktur zu intensivieren. Bürgerinnen und Bürger werden stetig in den digitalen Transformationsprozess eingebunden, um dafür Akzeptanz zu gewinnen. Coburg zählt zu den ersten deutschen Städten, die einen Digitalisierungsbeauftragten eingesetzt haben. Die Digitalisierungsbeauftragte ist mit ihrem Team eine entscheidende Vermittlerin zwischen Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft. Heidelberg zeichnet eine Digitalisierungsstrategie aus, die praxisnah unter Beteiligung von Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung erarbeitet wurde. Wichtige digitale Projekte sind bereits angeschoben worden. Weitere Informationen zu den Preisträgern unter www.staedtetag.de.

Saarbrücken: Preisträger von „Kommune bewegt Welt“

Die Stadt Saarbrücken überzeugt mit Engagement für Fairen Handel, Entwicklungspolitik und Integration. Eine unabhängige Jury wählte die Preisträger des Wettbewerbs „Kommune bewegt Welt“ in drei Kategorien aus. Der Wettbewerb zeichnet herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung aus. In der Kategorie „über 100.000 Einwohner“ belegt die Stadt Saarbrücken, die sich aufgrund ihres langjährigen Engagements und die Zusammenarbeit mit Migrantinnen und Migranten im Bereich Fairer Handel durchsetzen konnte, den ersten Platz. Laut der Jury ziehen sich die Themen Fairer Handel und Faire Beschaffung wie ein roter Faden durch die Entwicklungspolitische Arbeit der Stadt. Weiterhin wurden die Kommunen Mannheim, Kiel, Engen, Ingelheim, Donauwörth, Bitburg, Fellbach und Winnenden ausgezeichnet. Weitere Informationen finden Sie unter www.staedtetag.de.

Bremerhaven, Essen, Rosenheim: ausgezeichnet mit Papieratlas 2018

Gewinner des Papieratlas 2018 beim Städtewettbewerb sind Bremerhaven, Essen und Rosenheim. Bremerhaven wurde als „Recyclingpapierfreundlichste Stadt“ ausgezeichnet, Essen als „Mehrfachsieger“ und Rosenheim konnte sich als „Aufsteiger des Jahres“ durchsetzen. Die Initiative Pro Recyclingpapier (IPR) und ihre Partner würdigten die Gewinner für die vorbildliche Nutzung von Papier mit dem Blauen Engel.

Der Papieratlas 2018 bildet den Papierverbrauch und die Recyclingpapierquoten von erstmals über 160 Teilnehmern ab. Die 93 Groß- und Mittelstädte erreichen mit einer durchschnittlichen Recyclingpapierquote von 87,15 Prozent einen neuen Rekord.

Partner sind das Bundesumweltministerium, das Umweltbundesamt, der Deutsche StädteTag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Landkreistag sowie der Deutsche Hochschulverband. Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter www.papieratlas.de.

Dortmund: Deutscher Städtebaupreis 2018 für Projekt PHOENIX

Der in zweijährigem Turnus von der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) verliehene Städtebaupreis geht im Jahr 2018 an das Projekt PHOENIX – Eine neue Stadtlandschaft in Dortmund. Die interdisziplinär zusammengesetzte Jury (Stadtplanung, Architektur, Freiraumplanung und Denkmalpflege) würdigte die hohe stadtästhetische Qualität, die durch die selbstverständliche Verzahnung und neue Nutzungscodierung der beiden ehemaligen Industrieareale Phönix West und Ost mit dem Stadtteil Hörde und darüber hinaus mit der Gesamtstadt geschaffen wurde.

Die Kombination aus urbanem, historisch gewachsenem Kern, einem Gewerbe-, Freizeit- und Kulturstandort sowie einem hochattraktiven Wohn-, Arbeits- und Dienstleistungsstandort am See sei überregional einzigartig. Aufgrund der vielschichtigen Qualitäten erreiche PHOENIX regionale Strahlkraft über das Stadtgebiet von Dortmund hinaus.

Der mit insgesamt 25.000 Euro dotierte Deutsche Städtebaupreis hat die Förderung einer zukunftsweisenden Planungs- und Stadtbaukultur zum Ziel.

Fachtagung „Mehr Natur in der Stadt – Neue Ziele, neue Wege?“

Die Förderung von biologischer Vielfalt im urbanen Raum erfährt aktuell eine hohe Aufmerksamkeit. Durch neue Erkenntnisse und Entwicklungen in Forschung und Praxis werden neue Impulse gesetzt. Insbesondere im Hinblick auf den Erhalt der Artenvielfalt, aber auch im Rahmen der Anpassung an den Klimawandel oder als Naturerlebnisraum für Stadtkinder spielt urbane Natur eine immer wichtigere Rolle. Allerdings stellt sich zunehmend die Frage, wie die Notwendigkeit zur Förderung und zum Schutz urbaner Biodiversität der Lokalpolitik und der Bürgerschaft kommuniziert werden kann.

Angeregt durch informative Vorträge möchten wir mit Ihnen in Laborgesprächen einzelne Herausforderungen vertieft diskutieren. Die Stadt Heidelberg ist Praxispartner im Verbundprojekt „Urban NBS“ und dient daher in dieser Veranstaltung als eines der Praxisbeispiele.

Die Tagung richtet sich an Personen aus Wissenschaft, Verwaltung und Verbänden, die sich mit Gestaltung und Management von Beteiligungsverfahren und der Kommunikation von Prozessen innerhalb von Stadtplanung und kommunaler Landschaftsplanung befassen, insbesondere im Hinblick auf die Förderung biologischer Vielfalt in der Stadt. Weitere Informationen unter <http://t1p.de/Urban-NBS-Heidelberg>.

Deutscher Städtetag ist neues Mitglied im VFIB

Der Deutsche Städtetag wurde als ordentliches Mitglied in den Verein zur Förderung der Qualitätssicherung und Zertifizierung der Aus- und Fortbildung von Ingenieurinnen und Ingenieuren der Bauwerksprüfung e.V. (VFIB) aufgenommen.

Damit soll die Zusammenarbeit mit den Kommunen auf dem Gebiet der qualifizierten Bauwerksprüfung, beispielsweise von Brücken, noch besser und effektiver gestaltet werden. Der VFIB bietet beispielsweise Fortbildungsangebote an und kann Hilfestellung bei Ausschreibungen von Brückenprüfungen geben. Weitere Informationen unter www.vfib-ev.de.

Stadtquartier-Projekte für Gemeinwohl und gesellschaftlichen Zusammenhalt

2018 fördert der Bund im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik beispielhafte Projekte für eine innovative Stadtentwicklungspolitik mit insgesamt mehr als zwei Millionen Euro. Alle Projekte wollen bürgerschaftliches Engagement fördern und mit niedrigschwierigen Angeboten Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen gewinnen. Im Projekt „Stadt-menschen“ in Altenburg will der Projektträger gemeinsam mit Vereinen und Initiativen Bürgerinnen und Bürger zu eigenem Engagement für ihre Stadt motivieren. Hauptziele des Projekts Nürnberg „QU1 – eine U-Bahnlinie als koproduktives Quartier für die Stadt“ sind die Stärkung des Gemeinsinns und die Erprobung neuer Ansätze der Stadtentwicklung durch die Initiierung eines koproduktiven Quartiers. Dieses Quartier ist die U-Bahnlinie 8.

Das Projektgebiet des Projektes „Gesellschaft für außerordentliche Zusammenarbeit“ in Hannover erstreckt sich über den gemeinsamen physischen und sozialen Aktionsraum von etwa 50 Partnerinitiativen in drei Stadtteilen – Linden, Limmer und Nordstadt. Sie wollen die „Gesellschaft für außerordentliche Zusammenarbeit“ als Netzwerk und Plattform gründen. Ziel des Projekts „Hansaforum – Gemeinsam Stadt machen, statt machen lassen“ in Münster ist die Etablierung eines offenen Bürgerforums, des Hansaforums. Mehr Informationen zu den Projekten und dem Kongress und den Zielen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik unter www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de.

Wettbewerb: Die schönsten Nachbarschaftsaktionen 2018

Das Netzwerk Nachbarschaft ruft Anwohnergemeinschaften auf, sich mit ihren Aktionen für den Nachbar-Oskar zu bewerben. Das können beispielsweise öffentliche Mitmachgärten sein, Begegnungsorte für Jung und Alt, Theatergruppen, Poetry Slams oder auch Selbsthilfe-Netzwerke.

Teilnehmen können alle Nachbargemeinschaften, die bis zum 31. Oktober 2018 eine Aktion verwirklicht haben. Informationen gibt es unter www.netzwerk-nachbarschaft.net.

Deutscher Städtetag



Ausschuss für mittlere Städte: Zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für mittlere Städte ist im September **Paul Larue**, Bürgermeister der Stadt Düren, gewählt worden. Er engagiert sich bereits seit 2000 im Ausschuss. Er ist seit 2015 im Präsidium und seit 2014 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages aktiv. Seit 1999 ist er Bürgermeister der Stadt Düren. Er folgt auf **Dr. Reinhard Dettmann**, Bürgermeister a. D. von Teterow, der sich seit 1992 im Ausschuss engagierte und ihn seit 2007 leitete. Außerdem war er seit 1994 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages aktiv. Bei der Verabschiedung wurde ihm für sein herausragendes und langjähriges Engagement gedankt. Dr. Dettmann stand 28 Jahre an der Spitze der Stadt Teterow. Darüber hinaus ist er seit 1999 Vorsitzender des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern.

Ausschuss für mittlere Städte: Zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für mittlere Städte ist im September **Paul Larue**, Bürgermeister der Stadt Düren, gewählt worden. Er

engagiert sich bereits seit 2000 im Ausschuss. Er ist seit 2015 im Präsidium und seit 2014 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages aktiv. Seit 1999 ist er Bürgermeister der Stadt Düren. Er folgt auf **Dr. Reinhard Dettmann**, Bürgermeister a. D. von Teterow, der sich seit 1992 im Ausschuss engagierte und ihn seit 2007 leitete. Außerdem war er seit 1994 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages aktiv. Bei der Verabschiedung wurde ihm für sein herausragendes und langjähriges Engagement gedankt. Dr. Dettmann stand 28 Jahre an der Spitze der Stadt Teterow. Darüber hinaus ist er seit 1999 Vorsitzender des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern.

Neuwahl



Teterow: Neuer Bürgermeister der Stadt Teterow ist **Andreas Lange** (parteilos). Er trat im Juni die Nachfolge von Dr. Reinhard Dettmann an. Dr. Dettmann wurde bei den ersten freien Kommunalwahlen in den neuen Ländern im Mai 1990 gewählt und war insgesamt 28 Jahre Bürgermeister von Teterow.

Wiederwahl



Kamenz: **Roland Dantz**, Bürgermeister der Stadt Kamenz, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Parteilose steht seit 2004 an der Spitze der Stadt.

Geburtstage



Der Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg, **Jürgen Krogmann**, feiert am 14. November seinen 55. Geburtstag. Der Sozialdemokrat führt die Stadt seit 2014.

Fotos: (vlnr) bisheriger Vorsitzender Bürgermeister a. D. Dr. Reinhard Dettmann, neu gewählter Vorsitzender Bürgermeister Paul Larue und Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages; Stadtverwaltung Teterow; Stadt Kamenz, Sarah Schüler; Stadt Oldenburg.

„Städtetag aktuell“ per E-Mail

Die Publikation „Städtetag aktuell“ kann als PDF-Datei per E-Mail bezogen werden. Interessenten können sich im Internetangebot des Deutschen Städtetages unter www.staedtetag.de in der Rubrik Publikationen registrieren. Alternativ können Sie das Heft auch anfordern unter presse-info@staedtetag.de.



„Wir lernen jetzt für die digitale Zukunft. Und das soll Schule machen.“

Fördern, was NRW bewegt.

Manfred vom Sondern, Chief Digital Officer von Gelsenkirchen, macht seine Heimatstadt zur digitalen Vorzeigekommune. Dazu gehören modern ausgestattete Schulen und Klassenzimmer mit interaktiven Whiteboards. Möglich gemacht mit dem Programm NRW.BANK.Gute Schule 2020.

Die ganze Geschichte unter: nrwbank.de/gelsenkirchen



NRW.BANK
Wir fördern Ideen

Termine

Verkehr

Strategisches Wissen in der kommunalen Verkehrsplanung

Difu-Seminar in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag
5. und 6. November 2018 in Köln

Weitere Informationen unter
<http://t1p.de/strategisches-Wissen-Verkehrsplanung>

Sport

Kommunale Sportpolitik – Aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze

Difu-Seminar in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag
12. und 13. November 2018 in Berlin
Weitere Informationen unter <http://t1p.de/kommunale-Sportpolitik>

Umwelt

Fachtagung „Mehr Natur in der Stadt – Neue Ziele, neue Wege?“

Veranstaltung im Rahmen des Verbundprojektes „Urban NBS – Städtische Grünstrukturen für biologische Vielfalt“
15. November 2018 in Heidelberg
Weitere Informationen unter <http://t1p.de/mehr-Natur>

Verwaltung

Smart Country Convention

Kongress der Bitkom mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände, des VKU und des NEGZ
20. bis 22. November 2018 in Berlin
Weitere Informationen unter www.smartcountry.berlin

Wirtschaft

It's a people's business – Das muss ich! Das kann ich! Das lass ich!

Forum deutscher Wirtschaftsförderer 2018
Kongress der kommunalen Spitzenverbände und des DVWE in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Urbanistik
22. und 23. November 2018 in Berlin
Weitere Informationen unter <http://t1p.de/Wirtschaftsfoerdererforum>

Bildung

„Schritt für Schritt zum Berufsabschluss“

Konferenz der Bertelsmann Stiftung mit Ergebnissen der Evaluierung des Kölner Bildung
Veranstaltung verschoben!
6. Dezember 2018 in Köln

Weitere Informationen unter <http://b-sti.org/weiterbildung>

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, Oktober 2018

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, [@staedtetag](http://staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de